

Reichskonferenz der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Vom 25. bis 28. März fand im großen Saale des Eisenbahnerheims in Wien die zweite Kriegstagung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich statt. Sie wurde ebenso wie die erste Reichskonferenz im Mai 1915 einberufen, um eine vertrauliche Aussprache über die Fragen und Aufgaben, vor die der Krieg die Partei gestellt hat, zu ermöglichen. Diesmal wurde der Rahmen der Einzeladenden noch mehr erweitert als das erstemal, so daß alle, die nach dem Organisationsstatut berechtigt sind, an Parteitagen teilzunehmen, Zutritt erhalten konnten. Die Konferenz zählte im ganzen 246 Teilnehmer. Von ihnen waren 97 Vertreter der politischen Organisation, 11 Vertreter der Parteipresse, 57 Vertreter der Zentralverbände und Fachblätter, 35 Vertreterinnen von Frauenorganisationen. Die Parteivertretung war durch 18 Mitglieder vertreten, der Klub der Reichsratsabgeordneten durch 33 Mitglieder. Von den Anwesenden waren 157 aus Wien, 27 aus Niederösterreich, 5 aus Oberösterreich, 3 aus Salzburg, 13 aus Steiermark, 2 aus Tirol, 27 aus Böhmen, 8 aus Mähren, 3 aus Schlesien und 1 aus der Bukowina. Die Verhandlungen fanden unter dem Vorsitz des Präsidiums des Parteivorstandes statt. Der nachfolgende Bericht ist naturgemäß nur ein kurzer Auszug aus den eingehenden Referaten und Debatten, wie er vom Parteivorstand beschlossen wurde. Darüber hinaus ist der vertrauliche Charakter der Verhandlungen von jedem Parteigenossen zu wahren.

Vorsitzender Seitz gedenkt vor allem der im letzten Jahre hängengeschiedenen Genossen, deren, die auf dem Schlachtfeld gefallen sind, wie auch deren, die nicht als Kriegsoffer zu Grabe getragen wurden. Er gedenkt insbesondere der Genossen *Winarstky, Walecka, Weiguny, Wistrcil, Kohn, Sacherer, Peretti, Horvatek* und der Verluste, die die ganze Internationale durch den Tod von *Keir Hardie, Bailliant* und *Bandersmissen* erlitten hat. Den

Bericht über die Parteitätigkeit

erstattet *Skarek*. Er gibt ein umfangreiches Bild des Wirkens des Parteivorstandes und des Klubs der Abgeordneten seit Beginn des Krieges. Er erläutert das im gedruckten Bericht des Parteivorstandes vorliegende statistische Material und verweist für die einzelnen Fragen auf die vom Parteivorstand in Aussicht genommenen Publikationen. Als erste von diesen erhalten die Delegierten einen sechshundfünfzig Seiten starken Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes und des Klubs der Abgeordneten zur Ernährungsfrage. *Skarek* schildert alle Phasen des Kampfes um die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge, deren letzte, die das Ziel hat, die Kinder unter acht Jahren den Erwachsenen gleichzustellen, leider noch nicht mit Erfolg abgeschlossen ist. Eine besondere Aufmerksamkeit mußte den Verhältnissen der Kriegsdienstleister

zugewendet werden. Es gelang der Partei in weitem Umfang, die Erfolge früherer gewerkschaftlicher Kämpfe auch in der Kriegszeit zu erhalten. Der Stand der Organisation ist, wie selbstverständlich, in keiner Weise befriedigend. Der Militärdienst und der Kriegsdienst haben große Lücken gerissen. Dennoch wäre es möglich, die Organisationen auch unter den heutigen Verhältnissen auf eine höhere Stufe zu bringen. Ein Beweis hierfür sind die Erfolge der Frauenorganisation in Niederösterreich. Es gibt aber leider Arbeiter, deren Einkünfte in der Kriegsindustrie bedeutend gewachsen sind und die dennoch nicht bereit sind, während des Krieges ihre Beiträge zu zahlen. Wesentlich günstiger ist der Stand der Parteipresse. Es ist gelungen, im Durchschnitt 62 Prozent der Friedensausgabe der politischen Blätter zu erhalten. Die Maiereien wird auch heuer leider wieder als Kriegsmaierei abgehalten werden müssen. Die Partei hat die Aufgabe, die sie sich in ihrem ersten Manifest bei Kriegsausbruch gestellt hat, die Organisationen aufrecht zu erhalten, auch bester Möglichkeit erfüllt. Sie muß auch weiter arbeiten, um, wie es in jenem Manifest hieß, in dem neuen Oesterreich, als der Krieg schaffen wird, in dem die Kampfbedingungen wesentlich verändert sein werden, gerüstet zu sein, um die schwereren Aufgaben, die dann zu erfüllen sein werden, als überwindliche Organisation zu leisten.

In der Debatte beschäftigt sich *Scharing* (Nürnberg) mit dem Ausgang der Organisationen. Man müsse das

Interesse der Genossen auch durch eine regere geistige Tätigkeit in den Vereinen heben. In der Parteipresse sollte ausführlicher über die Vorgänge in der Partei in Deutschland berichtet werden. Dieser Mangel mache sich namentlich in den Grenzgebieten fühlbar. Gemäß dem Antrag *Sackenbergs* (Brünn) wird folgende Resolution beschloffen; die Annahme erfolgt einstimmig:

Die Reichskonferenz nimmt den Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes und des Klubs der Abgeordneten genehmigend zur Kenntnis. Sie beauftragt beide Körperschaften, ihre Aktionen unermüdet fortzusetzen, insbesondere fordert sie energische Maßnahmen:

1. gegen die Teuerung aller Lebensmittel und gegen die mangelhafte Organisation der Volksernährung;
2. zur Erhöhung der Unterhaltsbeiträge, insbesondere durch Gleichstellung der Kinder unter acht Jahren mit den Erwachsenen;
3. zur Erhaltung der früheren Erfolge gewerkschaftlicher Kämpfe

Die Reichskonferenz macht es allen Landes-, Kreis- und Bezirksvertrauensmännern zur Pflicht, ihre ganze Kraft für die Erhaltung und für den Ausbau der Parteiorganisation einzusetzen und unermüdet für die Verbreitung der Parteipresse tätig zu sein. Die sozialdemokratische Werbe- und Aufklärungsarbeit muß auch in der schweren Zeit des Krieges mit aller Energie fortgesetzt werden.

Es wird zur Verhandlung des zweiten Punktes:

Sozialversicherung und Kriegsfürsorge

übergegangen.

Das Referat erstattet *Matthias Ebersch*: er führt an: Es ist eine unabwiesbare Pflicht der Regierung, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die furchtbaren Schäden, die der Krieg der Volksgesundheit zugefügt hat, zu heilen oder zum mindesten deren erschreckende Wirkungen abzuschwächen. Menschenleben sind das kostbarste Gut des Staates und es muß daher mit allen Mitteln für deren Erhaltung und Kräftigung gesorgt werden. Eine weitestgehende Aktion der Volkspflege ist ungesäumt einzuleiten. Diese Aktion kann sich nur auf die Institutionen der Sozialversicherung stützen, wenn die zur Verfügung stehenden Mittel zweckmäßig und ökonomisch verwendet werden. Es ist aber hiezu auch erforderlich, unverzüglich eine Reform der Sozialversicherung in die Wege zu leiten, damit diese Institution den großen Aufgaben, die ihr bei dem notwendigen Wiederaufbau der Bevölkerung zufallen, gewachsen ist. Die Zerspaltung in der Organisation der Krankenversicherung muß beseitigt, mindestens jedoch durch die Auflösung der kleinen Klassen und die Vereinigung der bestehenden in territoriale Verbände in ihrer schädlichen Wirkung abgeschwächt werden. Die materiellen Leistungen aller Versicherungsinstitute müssen den geänderten Teuerungsverhältnissen entsprechend erhöht werden. Nicht länger verzögert darf die Einführung der Invalidenversicherung werden, die von den wechselnden Regierungen schon durch zwei Jahrzehnte versprochen wird. Die Arbeiter, die aus den Schützengräben kommen, und jene, die im Hinterland während des Krieges durch Ueberarbeit und Unterernährung ihre Gesundheit gefährden, müssen von der brennenden Sorge nach ihrem Schicksal im Falle des Alters und der Invalidität einigermassen befreit werden. Der Bettel der Armenversorgung darf nicht die alleinige Erhaltungsquelle der Greise und Krüppel bleiben. Alle Institute zur Heilung und Nachbehandlung der Kriegskrüppel und Kriegsbeschädigten können von der Invalidenversicherung übernommen werden und später für ihre eigenen Heilzwecke Verwendung finden. Die Fürsorge für die an ihrer Gesundheit geschädigten Krieger, für die Witwen und Waisen der Gefallenen ist Ehrenpflicht des Staates und darf nicht lediglich der privaten Wohltätigkeit überantwortet werden. Diese Fürsorge muß in finanzieller Beziehung ausreichend sein und den Unterhalt bieten zur Führung einer menschenwürdigen Existenz. Wir verlangen, daß die Krüppel, Witwen und Waisen dieses Krieges zum mindesten im gleichen Maße entschädigt werden wie die Opfer auf dem Schlachtfeld der Industrie. Wir erwarten von